



**AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG**  
Präsidialabteilung II/EG-Referat  
Zahl: 409/132

A-6010 Innsbruck, am 26. April 1994  
Landhausplatz  
Telefax: (0512) 508177  
Telefon: (0512) 508 - 157  
Sachbearbeiter: Dr. Wolf  
DVR: 0059463

An das  
Bundesministerium für  
Unterricht und Kunst

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen

Minoritenplatz 5  
1014-Wien (2-fach)

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. .... 10 .....	-GE/19. 69
Datum: 6. MAI 1994	
Verteilt: 6.12.94 d. H. Klausgraber	

Betreff: Entwurf einer Novelle zum Bundesgesetz  
betreffend die Grundsätze für land- und  
forstwirtschaftliche Berufsschulen; Stellung-  
nahme

Zu GZ. 13.875/1-III/2/94 vom 21.3.1994

Zum übersandten Entwurf einer Novelle zum Bundesgesetz betreffend die Grundsätze für land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Tiroler Landesregierung tritt dafür ein, daß es grundsätzlich der Ausführungsgesetzgebung überlassen bleiben sollte, den Kreis der berufsschulpflichtigen Personen festzulegen. So gibt es etwa in Tirol im Bereich der Land- und Forstwirtschaft kaum Lehrverhältnisse. Die geplante grundsatzgesetzliche Änderung würde jedenfalls in Tirol daher zu einer weitestgehenden Aushöhlung der Berufsschulpflicht führen. Ein Vergleich mit anderen Arbeitsbereichen verbietet sich insofern, als auf Grund der dort regelmäßig bestehenden Lehr- oder Ausbildungsverhältnisse grundsätzlich andere Voraussetzungen vorliegen.

Eine dem vorliegenden Entwurf entsprechende Neuregelung würde berechtigten bildungspolitischen Anliegen des Landes zuwiderlaufen.

Es ist zu erwarten, daß im Falle der Gesetzwerdung einer solchen Regelung ein erheblicher Teil der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Jugendlichen nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht keine Schule mehr besuchen würde. Die praktische Erfahrung belegt nämlich eindeutig, daß der Wert einer guten schulischen Ausbildung von den Schülern und deren Erziehungsberechtigten vielfach erst auf Grund des Schulbesuchs erkannt wird. So besuchen viele Jugendliche, die vorerst nur zum Zwecke der Erfüllung ihrer Berufsschulpflicht in eine land- und forstwirtschaftliche Fachschule eintreten, diese auch nach dem Ende der Berufsschulpflicht freiwillig weiter und erreichen dadurch einen wesentlich besseren Bildungsgrad.

Die Tiroler Landesregierung erachtet dieses bildungspolitische Anliegen für wesentlich, weshalb die Forderung nach einer Regelung, die der Ausführungsgesetzgebung im bisherigen Rahmen die Entscheidung über die Festlegung der Berufsschulpflicht ermöglicht, wiederholt wird.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Niederöstr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

an das Büro des Föderalismusministers

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

*Riedl*